

islaMedia

Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen

Hürriyet

- Mittwoch, 14.02.07 – Münchner Moschee am Bebauungsplan aufgehängt

Das Urteil des Verwaltungsgerichtes zum geplanten Moscheebau durch das Türkisch-Islamische Gemeindezentrum München (DITIM) am Gotzinger Platz wurde am Mittwoch von vielen türkischen Zeitungen aufgegriffen. Das Gericht kam zu der Entscheidung, dass die Moschee vorerst nicht in Sendlingen gebaut werden darf. Als Grund wurde angeführt, dass ein Moscheeprojekt von solch einer Größe (Moschee inklusive Hamam, Wohnungen, Restaurant, Seminarräumen, Hochzeitssälen) zu vermehrtem Straßenverkehr in der Gegend führen würde. Aus diesem Grunde fordert das Gericht von DITIM einen Bebauungsplan.

Sabah

- Dienstag, 13.02.07 - Lokales Wahlrecht nutzt Islamisten

Der Bild-Journalist Hugo Müller-Vogg hat die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) scharf kritisiert, weil diese unlängst ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer befürwortet hatte. Müller-Vogg bemängelt, dass Roth Ausländern, die erst seit vier bis fünf Jahren in Deutschland lebten, das kommunale Wahlrecht gewähren wolle. Auf die Stadt Frankfurt übertragen würde das bedeuten, dass auf einmal tausende Muslime ein Wahlrecht hätten. Islamisten könnten sich selbst zur Wahl aufstellen lassen und so in Entscheidungsgremien reinkommen.

- Mittwoch, 14.02.07 – Ist Kelek im Zentralrat der Ex-Muslime?

Sabah fragt auf der Titelseite, ob Necla Kelek Mitglied der neu gegründeten Gruppe des Zentralrates der Ex-Muslime sei. Der Pressekoordinator Michael Schmidt-Salomon habe auf der Website des Humanistischen Pressedienstes klargestellt, dass Kelek kein Mitglied des Zentralrates der Ex-Muslime sei. Trotz der Klarstellung wird schließlich gefragt, was eigentlich Kelek auf der Deutschen Islam-Konferenz (DIK) verloren hätte, wenn sie doch gar keine Muslimin sei. Mehrfach wird von Sabah missbilligend herausgestellt, dass Kelek sich kritisch zum Islam geäußert habe.

Milliyet

- Freitag, 09.02.07 – Integrationskurse in den Niederlanden werden fortgesetzt

Die neue Regierung der Niederlande hat in einer Pressekonferenz ihr künftiges Programm bekannt gegeben. Es sollen auch weiterhin die Integrationskurse und die „Zwangstests“ - wie Milliyet es ausdrückt - fortgesetzt werden. Von Regierungsseite ist für die Integration von Migranten eine zehn Punkte umfassende Aufstellung geplant. Darunter fallen vor allem die Kenntnis der Sprache, der Werte und der Geschichte des Landes. Außerdem wurde die Gründung von Imam-Schulen in den Niederlanden für die Integration von Muslimen als wichtiger Punkt angeführt.

- Mittwoch, 14.02.07 – Muttersprache vor Gericht

Milliyet zufolge seien nun die ersten juristischen Schritte gegen die Stadt Rastatt eingeleitet worden. Letztes Jahr hatte die Stadt beschlossen, keine Schulräume der Gemeinde für den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht zur Verfügung zu stellen, weil sie ihn für die Integration als kontraproduktiv erachte. Vielmehr würde dadurch eine Parallelgesellschaft gefördert werden. Indes hilft nun die Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) aus, indem sie in ihrer Moschee den Türkischunterricht erteilt. Für die erste bis fünfte Klasse sei dies täglich ein Pensum von zweieinhalb Stunden; in den höheren Klassen eine Stunde am Tag.

Zaman

- Donnerstag, 08.02.07 – ZDF wird freitags Programm für Muslime machen

Zaman bringt auf der Titelseite die Mitteilung, dass das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) ab Mai ein „Wort zum Freitag“ für Muslime auf seiner Website anbieten werde. Wenn die Sendung im Internet erfolgreich ist, dann werde man in Erwägung ziehen, das „Wort zum Freitag“ im Fernsehen auszustrahlen. ZDF-Chefredakteur Nikolaus Breder habe bekannt gegeben, dass die Sendung auf Deutsch sein werde und zum Ziel habe, aktuelle Themen aufzugreifen und zur Diskussion anzuregen. Letztendlich sei ein besseres Verständnis des Islams anvisiert.

- Samstag, 10.02.07 – Eine Identität "Muslime als Staatsbürger" sollte akzeptiert werden

Die Zeitung fasst einige Aspekte der Konferenz "Muslime als Staatsbürger", die letzte Woche von der Bundeszentrale für politische Bildung, der Deutschen Welle, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert wurde, zusammen. Ralf Fücks, Vorsitzender der Heinrich-Böll-Stiftung, und Neco Celik, türkischstämmiger Regisseur, sehen den 11. September 2001 als Wendepunkt in der Wahrnehmung von Muslimen an. Fücks nennt die zahlreichen Debatten zum Kopftuch oder zu Moscheebauten. Celik sagte: „Alle Fragen werden „verislamiert“. Viele Schauspieler nehmen Rollen als Muslime an, weil das gerade angesagt ist. Wir Künstler werden benutzt und benutzen zur selben Zeit.“

Den wöchentlich erscheinenden **Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen** finden Sie auch in unserem Archiv auf www.islamedia.de unter der Rubrik Newsletter.

Impressum:

Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht - Prof. Dr. Rohe

www.islaMedia.de

- Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit
- Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern versuchen die aktuelle Diskussion um den Islam und die Muslime in Europa in den Medien wiederzuspiegeln
- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff